

Venedig-Trip immer dubioser

Bei der Italienfahrt der nordhessischen Politiker war Trockenstabilatanlage noch nicht in Betrieb

VON FRANK THONICKE

KASSEL. In den Skandal um eine von dem Energieunternehmen EAM bezahlte Italienreise von Spitzenpolitikern der Region hat sich jetzt auch das Kasseler Regierungspräsidium eingeschaltet. Auf Anfrage bestätigt es, dass es sich Akten und Unterlagen hat kommen lassen. Michael Conrad, Sprecher des Regierungspräsidiums: „Das kann für uns als Kommunalaufsicht nicht ohne Interesse bleiben.“

Wie berichtet, ermittelt die Staatsanwaltschaft Kassel wegen Untreue und Verletzung der Dienstpflichten gegen elf Landräte und Kommunalpolitiker aus Nordhessen und Südniedersachsen. Sie waren im Oktober 2001 mit ihren Ehefrauen drei Tage lang nach Venedig gefahren, um sich eine Trockenstabilatanlage der Firma Herhof anzusehen. Laut Staatsanwaltschaft hat die Besichtigung während der dreitägigen Reise eineinhalb Stunden gedauert. Nach Recher-

chen unserer Zeitung waren die Politiker auch auf EAM-Einladung im Elsass und regelmäßig bei den Bad Hersfelder Festspielen.

Die Reise nach Venedig erscheint dabei immer dubioser. Sie fand Anfang Oktober 2001 statt - laut Betreiber Herhof ist die dortige Trockenstabilatanlage aber erst im Februar 2002 in den Regelbetrieb gegangen. Warum mussten also die Politiker bis nach Italien fahren, um eine Anlage zu besichtigen, die noch gar nicht in vol-

lem Betrieb war? Wollte man voll arbeitende Anlagen sehen, hätte auch eine Fahrt nach Rennerod im Westerwald oder nach Dresden gereicht. Dort gab es Trockenstabilatanlagen, die laut Herhof schon seit April 2000 (Rennerod) und Juni 2001 (Dresden) regelmäßig arbeiteten.

Nach Auskunft der Kasseler Staatsanwaltschaft hat noch niemand der Betroffenen zu den erhobenen Vorwürfen Stellung bezogen. Die Politiker hätten damit noch bis zur

nächsten Woche Zeit. Auch im Werra-Meißner-Kreis hat die Italienfahrt für neue Empörung gesorgt. Für Michael Krämer, früher Erster Vorsitzender der Initiative „Bürger für eine leistungsgerechte Müllgebühr“ und im Beruf Richter am Landgericht Mühlhausen (zuständig für Wirtschaftsstrafsachen), rüttelt „diese Kumpanei, Korruption und Vetternwirtschaft an den Grundfesten unseres Gemeinwesens“. Das Maß an Korruption sei nicht mehr ertragbar.